



## Dokumentation

## Zukunftswerkstatt

## „Beteiligung organisieren – Integration fördern“

Reihe Magdeburg – sozial Band 41

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



ottostadt  
magdeburg

Herausgegeben von der Stabsstelle für Jugendhilfe,- Sozial- und Gesundheitsplanung  
der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg 2016

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg  
Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg  
Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
Wilhelm -Höpfner- Ring 4  
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3240  
Fax: (0391) 540 96 3243

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden bei der Angabe von Berufs- und anderen  
Bezeichnungen häufig nur die allgemeine Form genannt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung und Quellenangabe gestattet.

### **Anmerkung zur Veranstaltung**

Die Landeshauptstadt Magdeburg ist eine der 51 Zukunftsstädte Deutschlands, die im Rahmen des BMBF-Städte Wettbewerbs aufgefordert waren, gemeinsam mit Bürgern, Wissenschaft, Lokalpolitik und Verwaltung Zukunftsvisionen für die Stadt von morgen zu entwickeln.



Ziel dieser Zukunftswerkstatt war es für die Verwaltung, mit den unterschiedlichen aktuellen Akteuren der Integrations- und Ausländerarbeit ins Gespräch zu kommen sowie Ideen zu sammeln und Visionen zu entwickeln, wie gelebte Integration aussehen könnte.

**Zukunftswerkstatt**  
**14. März 2016 - 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr**  
**Hochschule Magdeburg-Stendal**

**BETEILIGUNG ORGANISIEREN – INTEGRATION FÖRDERN**

Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Bundesprogramm "Zukunftsstadt 2030" fand die Veranstaltung „Internationalisierung“ am 14.03.2016 mit großer Resonanz der Akteure der Integrationsarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg statt.

An der Veranstaltung nahmen Vertreter\*innen der Willkommensbündnisse, Mitglieder des Beirates für Integration und Migration, Asylsuchende und Flüchtlinge, Mitarbeiter\*innen der Verwaltung, Student\*innen, Sprecher\*innen des Netzwerkes für Integration und Ausländerarbeit sowie interessierte Bürger\*innen der Landeshauptstadt Magdeburg teil.

Die Veranstaltung zielte darauf ab, Vorstellungen und Ideen der Akteure der Integrationsarbeit zum Thema „Internationalisierung“ zusammenzutragen und Ansätze zur Internationalisierung der Stadt Magdeburg zu diskutieren.

**Veranstalter**

**Landeshauptstadt Magdeburg**  
Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und  
regionale Zusammenarbeit  
Zukunftsstadtbüro

**Kontakt**  
Nicole Dalichow  
Tel.: +49 391 540 2662  
[nicole.dalichow@ob.magdeburg.de](mailto:nicole.dalichow@ob.magdeburg.de)

**Landeshauptstadt Magdeburg**  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle V/02

**Kontakt**  
Dr. Ingo Gottschalk  
Tel.: +49 391 540 3104  
[Ingo.Gottschalk@jsgp.magdeburg.de](mailto:Ingo.Gottschalk@jsgp.magdeburg.de)

in Kooperation mit

**Hochschule Magdeburg-Stendal**  
Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg

**Kontakt**  
Prof. Dr. Ilona Wuschig  
Tel.: +49 391 8864281  
[ilona.wuschig@hs-magdeburg.de](mailto:ilona.wuschig@hs-magdeburg.de)

## Programmablauf und Thementische der Zukunftswerkstatt

### Begrüßung / Einführung

**Simone Borris**, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit  
**Prof. Dr. Anne Lequy**, Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal

### Moderierte Fishbowl-Diskussion

im Plenum

### World-Café

Themen:

- Internationalität, Weltoffenheit, gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit
- Spracherwerb
- Berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration
- Integration in den Stadtteilen
- Gesellschaftliche Teilhabe
- Interkulturelle Öffnung

### Vorstellung der Impulse und Ideen aus dem World-Café

im Plenum durch die Moderator\*innen der Thementische

*Moderation Prof. Dr. Ilona Wuschig (Hochschule Magdeburg-Stendal)*



## Ergebnisse der Zukunftswerkstatt

### Begrüßung/Einführung/Fishbowl-Diskussion



Frau Borris begrüßt die Teilnehmer\*innen für die Landeshauptstadt Magdeburg.



Frau Prof. Lequy spricht die Begrüßung für die Teilnehmer\*innen durch die und am Standort die Hochschule aus.

Nach der Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung führten Frau Borris, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, und Herr Dr. Gottschalk, Leiter der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, eine „Fishbowl-Diskussion“ mit Vertretern des Beirates für Integration und Migration, der Magdeburger Willkommensbündnisse, der Migrantenselbstorganisationen und des Magdeburger Netzwerkes für Integrations- und Ausländerarbeit durch.

Die Fishbowl-Diskussion zielte darauf ab, Themen und Problemstellungen zu erfassen, die für die Magdeburger Integrations- und Ausländerarbeit aktuelle oder zukunftsbezogen relevant sind.



Wesentliche Themen der Fishbowl-Diskussion:

**Verwaltung und Willkommensbündnisse**

- Perspektivänderung der Willkommensbündnisse durch neue Entwicklungen bei der Zuwanderung
- Infrastrukturplanung zur nachhaltigen Zuwanderung
- Entwicklung Ehrenamt ist wichtig
- Erfahrungsaustausch sichern

**Perspektiven der Integration**

- direkte/aktive Integration
- Rollenverständnis reflektieren
- Unterstützung steht im Fokus des Handelns von Verwaltung
- Aufnahme von Kompetenzen
- neue Aufstellung der Netzwerkarbeit und Koordinierung
- Förderung des Ehrenamts zur Stärkung der Integration
- Zugang zu Informationen und Kontakten sichern
- Fokussierung auf neue Wohngemeinschaften
- Haltung von Politik
- Integrationsprozess als langjährige Perspektive annehmen
- Gestaltung von Patenschaften
- interkulturelle Begegnungscafés als Treffpunkte entwickeln
- Einbringung von Integrationslotsen
- Verhältnis professioneller und freiwilliger Arbeit beachten
- effektive Kommunikation zwischen allen Beteiligten organisieren.

Nach der Fishbowl-Diskussion wurde an Thementischen im „World-Café“ an schwerpunktbezogenen Forderungen zur Integrationsförderung und Internationalisierung gearbeitet.





## 1. Internationalität, Weltoffenheit, gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit

Der Austausch und die Diskussion an diesem Thementisch wurde durch die Teilnehmer\*innen für zu schaffende Rahmenbedingungen, die Zielsetzungen sowie für die konkreten Projekte für Internationalität, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit geführt.

Internationalität und Weltoffenheit setzen die Erfüllung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen voraus. Bereits in Schulen und Kindertageseinrichtungen sind die Themenfelder Internationalität, Weltoffenheit sowie Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu etablieren. Entsprechende Projekte, die für Information und Aufklärung sorgen, sind von den Einrichtungen zu initiieren. Die Arbeit der Streetworker\*innen ist zu verstetigen. Die Finanzierung von Projekten und Maßnahmen der Trägereinrichtungen der sozialen Arbeit ist sicher zu stellen. Kulturcafés, die länderspezifische Angebote machen und den interkulturellen Dialog und Austausch zwischen Einheimischen und Zuwanderern fördern, sind intensiver zu betreiben und über die gesamte Stadt verteilt auszubauen. Die interkulturelle Kompetenz ist als Lehrinhalt und Pflichtfach in die pädagogische Ausbildung aufzunehmen. Mehrsprachigkeit in staatlichen Institutionen und städtischen Einrichtungen ist zu fördern und als Gewinn für die gesamte Gesellschaft zu verstehen.

Die Schaffung der Rahmenbedingungen für Internationalität und Weltoffenheit zielt darauf ab, die einheimische Bevölkerung über Migration, Flucht und Asyl zu informieren und aufzuklären. Mit der Vermittlung von Informationen und Empathie füreinander soll das Miteinander zwischen Einheimischen und Zuwandern gefördert werden. Die Zugangsbarrieren zur gesellschaftlichen Teilhabe und Arbeitsmarktintegration sind abzubauen. Die Kontaktaufnahme zu Flüchtlingen soll innerhalb und außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte ermöglicht werden. Über die Öffentlichkeitsarbeit sind positive Beispiele einer gelingenden Integration bekannter zu machen. Dafür wird die kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten erweitert und der Austausch intensiviert. Die Migrant\*innen und Ihre Selbstorganisationen werden unterstützt und gefördert. Über Sport, Musik und



andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung werden Flüchtlinge, Asylsuchende und andere Migrantengruppen aktiviert, ihre Integration mit zu gestalten.

Folgende Projekte zur Förderung des Austausches zwischen Migrant\*innen und Einheimischen für Internationalität und Weltoffenheit wurden genannt:

- ✚ Kulturcafé
- ✚ Erzählcafé mit Veranstaltungen zur Kultur, Länder, Regionen (Einbindung der Flüchtlinge und Asylsuchenden als Gastgeber)



## 2. Spracherwerb

Die Teilnehmer\*innen am Thementisch Spracherwerb von Migrant\*innen beschäftigten sich mit Fragestellungen zu Qualitätsstandards für Sprach- / Deutschkurse, zur Qualifikation der Sprach- / Deutschlehrer\*innen, zur Angebotsstruktur und zur Kinderbetreuung während der Kurse.

Festgestellt wurde, dass die Verbesserung des Spracherwerbes von Migrant\*innen unmittelbar von der Qualität der durchgeführten Kurse und von der Kompetenz der Lehrenden abhängt. Daher soll die Qualität der Deutschkurse überprüft und Schulungen für ehrenamtliche Deutschlehrer (Methodik, Ziele, Lehrmaterialien und Anwendung) angeboten werden.

Deutschkurse sollen vom ersten Tag an, für alle Flüchtlinge und Asylsuchende geöffnet und durch deutsche Muttersprachler\*innen durchgeführt werden. Um den Lerneffekt zu beschleunigen sollen Übersetzer\*innen bei Deutschkursen eingesetzt werden. Für Frauen mit Kindern sind adäquate Kurse mit einer Möglichkeit der Kinderbetreuung zu initiieren. Darüber hinaus sollen Praktikummöglichkeiten für Flüchtlinge/ Asylsuchende geschaffen werden, damit sie das Erlernte in realen Situationen testen und festigen können.

Zur besseren Transparenz ist ein konstantes Angebot an Sprachkursen mit festen Institutionen zu installieren und unter eine stadtweite Koordinierung zu stellen. Die Koordinierung durch die Stadt beachtet:

- Die Umsetzung von Qualitätsstandards
- eine strukturierte Aufteilung
- Anforderungen der Alphabetisierung
- Die Ausgestaltung der Integrationskurse.

Die „informellen“ Sprachkurse (z. B. über die Willkommensbündnisse) sind zu stärken und Räume für die Kurse in der Nähe von Gemeinschaftsunterkünften (im Quartier) zur Verfügung zu stellen. Die Bildung von Tandempartnerschaften zwischen Flüchtlingen und Einheimischen oder die Initiierung von Extra-Lerngruppen sollen zur Sprachunterstützung beitragen. Informationen zu Deutschkursen sind in geeigneter Form zu veröffentlichen. Zusätzliche Betreuungsplätze sind für Asylbewerberkinder zu schaffen



### 3. Berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration

Im Rahmen der einführenden Moderation des Thementisches wurden folgende Rahmenbedingungen zum Themenkomplex Arbeit und Ausbildung eingebracht:

- ✚ Orientierung für Ausbildung und Erwerbstätigkeit schaffen
- ✚ Ausbildung und Erwerbstätigkeit vorbereiten
- ✚ Integration und Verbleib in Ausbildung und Erwerbstätigkeit befördern
- ✚ abgestimmtes Handeln der Akteure unterstützen
- ✚ rechtliche Rahmenbedingungen ausschöpfen.

Auf Berufsorientierung und Berufsvorbereitung sowie die Vereinfachung und Erleichterung des Zuganges zum Arbeitsmarkt ist das Hauptaugenmerk auszurichten. Die Öffnung von Integrationskursen für alle Flüchtlinge und Asylsuchende soll angestrebt werden.

Um die Erfolgchancen bei der Ausbildung zu maximieren soll grundsätzlich die Berufsorientierung verbessert und Ausbildungsvorbereitungsphase flexibilisiert werden.

Mit der Zielsetzung der Förderung der Integration von Anfang an sollten die Kompetenzen (Fähigkeiten und Fertigkeiten) der Flüchtlinge bereits im Rahmen des Aufnahmeverfahrens festgestellt und die Potenziale erfasst werden. Noch während des Aufnahme- bzw. Asylverfahrens soll Flüchtlingen und Asylsuchenden der Zugang zum Arbeitsmarkt in Form einer Arbeitserlaubnis oder des Verzichts auf eine negative Auflage für einen Arbeitsmarktzugang gewährt werden.

Die Arbeitsverwaltung, das Jobcenter und die Träger im Bereich des dritten Sektors des Arbeitsmarktes werden aufgefordert, die Herausforderung bei der Ausbildung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, Asylsuchenden und anderen Migrant\*innen anzunehmen und entsprechende Angebote zu entwickeln.

Die Angebote sind an den Potenzialen und Bedarfen der Zielgruppe zu orientieren. Die fachspezifische Sprachausbildung soll auf alle Zielgruppen der Migrant\*innen erweitert werden.

Betriebe, die ausbilden, sollen eine bessere finanzielle Würdigung ihres Engagements erfahren. Die Mehrsprachigkeit in den Ausbildungsstätten ist als Gewinn für die Betriebe zu verstehen und dementsprechend zu fördern. Eine Verpflichtung der Betriebe zur Ausbildung von Jugendlichen mit oder ohne Migrationshintergrund wird gefordert. Überdies soll das Anerkennungsverfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt und die Anerkennungen an die Interessen der Wirtschaft angepasst werden. Die Flexibilität bei den Nachqualifizierungen wird von Unternehmen bei ihrem Personal erwartet.



In Deutschland sind die Anforderungen an Ausbildung und berufliche Qualifikation hoch und werden durch Flüchtlinge und Asylsuchende aufgrund ihrer Bildungsbiografie oft nicht erfüllt. Damit Integration von Anfang an gelingen kann, ist es erforderlich, die Möglichkeiten der Anpassungsqualifizierung zu erweitern und berufliche Normen auf ihre Effizienz hin zu prüfen.

In den Quartieren sind kleine Gewerbeeinheiten zu schaffen, die Existenzgründer\*innen mit Migrationshintergrund zur Gewerbeegründung dienen und zur Selbständigkeit motivieren.

In der Integrationsarbeit engagieren sich immer mehr ältere Bürger\*innen. Das freiwillige Engagement von Senior\*innen bietet auch die Möglichkeit, Tandempartnerschaften mit Unternehmer\*innen mit Migrationshintergrund zu bilden und Wissenstransfer zu organisieren. Die Senior\*innen mit spezifischem Wissen könnten dabei als „Business-Angel“ bzw. Tutor\*innen die Gewerbe und die selbständige Tätigkeit der Tandempartner\*innen unterstützen und fördern.

In der Ausbildungsvorbereitungsphase sind Maßnahmen zu initiieren, die das Image und die Mehrwertigkeit der Ausbildung verdeutlichen. Hierbei sind Eltern mit Migrationshintergrund einzubinden und über die Möglichkeiten im dualen System in Deutschland aufzuklären. Darüber hinaus sind Kooperationen mit den Migrantenselbstorganisationen zu verstetigen und auszubauen.



#### **4. Integration in den Stadtteilen**

Im Rahmen des Thementisches „Integration in den Stadtteil“ wird festgehalten, dass die barrierefreie Kommunikation zwischen Einheimischen und Zuwandern die Grundvoraussetzung für die gelingende Integration vor Ort darstellt.

Das Wissen über Tradition und Kultur sowie über Codes im gesellschaftlichen Kontext ist Motor für das friedliche Miteinander im Stadtteil und in der Gesellschaft.

Toleranz wird von Einheimischen und von Zuwandern gefordert.

Die direkte Einbindung und Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen ist als Aufgabe wahrzunehmen.

Um eine transparente Kommunikationsplattform zu schaffen, wird die Aufstellung von Aushängen an allgemein zugänglichen Stellen auf Stadtteilebene empfohlen.



Die Integration durch Patenschaften wurde als wichtiges Thema für die Integration diskutiert.

Folgende Ideen und Maßnahmevorschläge wurden für die Integration von Zugewanderten aufgenommen:

- + Kaffee-Tafel
- + Kommunikation und Sprache
- + einfache, kleine, kostengünstige Gewerberäume im Quartier (Internetcafés, Laden, Handyshop, Kochen, Friseur, Musik)
- + offene Treffpunkte (Musik/ Zimmerkonzerte Einladung und Einbeziehung von Geflüchteten etc.)
- + offene und kostenlose Angebote für Kinder (z.B. Orte zum Malen)

Die Aushänge dienen der Koordination und Bekanntmachung von Angeboten und die „Wohnzimmerkonzerte“ bringen Menschen zusammen und fördern die Integration vor Ort.



## 5. Gesellschaftliche Teilhabe

Um die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant\*innen zu organisieren, ist die Auseinandersetzung zu Vielfalt oder mit Vorurteilen aufzunehmen und zu reflektieren.

Als Voraussetzung für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrant\*innen gilt grundsätzlich der Respekt und die Anerkennung individueller Menschenrechte und Bürgerpflichten. Bei der gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation dürfen Nationalität oder Aufenthaltsstatus keine wesentliche Rolle spielen.

Damit eine gleichberechtigte Teilhabe an der gemeinsamen Gesellschaft gegeben ist, soll der Ansatz der Inklusion von allen gesellschaftlichen Strukturen angestrebt werden. Mit der Inklusion wirken die Unterschiede nicht separierend. Barrieren sind abzubauen und Deutsch- sowie Integrationskursen zu erhalten und zu professionalisieren.

Zu inklusiver Gestaltung von Teilhabe wurde angeführt Bedingungen in den Blick zu nehmen für:

- Ehrenamt
- Sport
- freie Träger
- tagsüber
- Kinder
- Senioren
- einkaufen
- Party
- Stadtverwaltung
- Jugendliche
- Nachbarschaftszentrum
- Kunst
- Tagesmütter
- Familien.

Bei der Forderung und Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant\*innen soll auf den historischen Bezug der Zuwanderung in Magdeburg eingegangen werden (z.B. Hugenotten). Dabei soll herausgestellt werden:

- gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle
- freie Ausübung der Religion
- Anerkennung der Berufe
- Selbsthilfe vor staatlicher Fürsorge.

Verbesserung der Teilhabe durch Mobilität (MVB-Ticket ab Antrag), Fahrkarten für (alle) Schüler\*innen sowie die Klärung der Fragen zu den Kosten werden als Aspekte der genannt und gefordert.





## 6. Interkulturelle Öffnung

Alle Mitarbeiter\*innen der Verwaltung sollen Trainingsmaßnahmen zur interkulturellen Kompetenz und interkulturellen Öffnung besuchen.

Die Betreuer\*innen der Gemeinschaftsunterkünfte sollen an den regelmäßigen Treffen oder Austauschveranstaltungen zu Angeboten im Stadtteil teilnehmen.

Interkulturelle Angebote in den Stadtteilen sollen für alle zugänglich gemacht werden.

Themenabende und Informationen zu Kulturen/ Ländern tragen zur Offenheit und zur interkulturellen Öffnung bei.

Mehrsprachigkeit bei staatlichen Dokumenten soll zur Regel werden.

Sprachkurse für Arabisch soll für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt angeboten werden.

Der Englischsprachkurs soll verbessert und die Dienstzimmer in der Verwaltung nach Sprachen unterscheiden.

Bei der Personal- und Organisationsentwicklung von Institutionen soll die interkulturelle Öffnung als Schwerpunktthema integriert werden.

